

INFOBRIEF MIGRATION UND INTEGRATION IM LANDKREIS HEILBRONN

Januar 2021

Informationen aufgrund des Coronavirus

Aufgrund der gegenwärtig dynamischen Situation in Folge des Coronavirus möchten wir Sie über einige aktuelle Änderungen und Unterstützungsangebote informieren.

Besuchsverbot in den Gemeinschaftsunterkünften besteht weiterhin

Bitte beachten Sie, dass wegen des aktuellen Infektionsgeschehens bis 31. Januar 2021 für alle Besucher*innen ein Zutrittsverbot in den Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete gilt.

Änderung der Corona-Verordnung zum 11. Januar 2021 – Mehrsprachige Informationen des Landes Baden-Württemberg

Mit Beschluss vom 8. Januar 2021 hat die Landesregierung ihre Rechtsverordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Coronavirus (Corona-Verordnung) erneut geändert. Die Änderungen traten größtenteils am 11. Januar 2021 in Kraft.

Unter <https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/aktuelle-infos-zu-corona/aktuelle-corona-verordnung-des-landes-baden-wuerttemberg/> steht die aktuelle Corona-Verordnung in den Sprachen Englisch, Französisch, Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch, Italienisch und Rumänisch zur Verfügung. Neben den Sprachversionen der Verordnung finden Sie hier in den genannten Sprachen auch Übersichten über die aktuellen Regelungen für den Lockdown in Baden-Württemberg.

REACT-EU – Europäischer Sozialfonds in Baden-Württemberg

Um die Folgen der COVID-19-Pandemie abzumildern, stellt die Europäische Union mit der REACT-EU-Initiative zusätzliche Mittel zur Verfügung. Sie sollen zu einer grünen, digitalen und stabilen Erholung der Wirtschaft beitragen. Besonders die durch die Corona-Krise benachteiligten Menschen sollen unterstützt werden. Zudem sollen sowohl die Digitalisierung im sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Bereich als auch die kleinen und mittleren Unternehmen gefördert werden.

Der Förderbereich Arbeit und Soziales veröffentlicht hierzu einen Rahmenaufruf mit weiteren Einzelaufrufen zu verschiedenen Bereichen in den drei spezifischen Zielen:

- E 1.1 Digitalisierung in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege

- E 1.2 Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung
- E 1.3 Unterstützung von Beschäftigten, Wirtschaft und Kultur

Die diesen Zielen jeweils zugeordneten Einzelauftrufe befassen sich u. a. mit den Themen „Migrantenorganisationen – Fit für Digitalisierung“ (Digitales Empowerment für Migrant*innenselbstorganisationen und Helferkreise) oder auch „Migrantinnen stärken“ (Empowerment zugewanderter Migrantinnen, insbesondere mit Fluchthintergrund).

Weitere Informationen, den Rahmenauftrag für REACT-EU sowie die Einzelauftrufe finden Sie unter <https://www.esf-bw.de/esf/index.php?id=449>.

Die Anträge müssen bis zum **15. Februar 2021** vollständig und unterschrieben in Papierform bei der L-Bank eingegangen sein.

Neues aus dem Sachgebiet „Integrationsplanung“

Internetzugang in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises

Aktuell erhält das Amt für Migration und Integration vermehrt Anfragen zum Thema Internetzugang in den Gemeinschaftsunterkünften des Landkreises. Es ist natürlich verständlich, dass gerade während der Schulschließungen und dem allgemeinen Lockdown ein erhöhter Bedarf an Zugang zum Internet besteht.

Leider kann das Landratsamt in den Unterkünften nach aktuellem Stand keine zentralen Internetanschlüsse und WLAN-Infrastruktur zur Verfügung stellen. Zum einen ist dies nicht in allen Unterkünften technisch ohne weiteres möglich, zum anderen werden die Kosten dafür nicht vom Land ersetzt, weil ein Anteil der gewährten Asylbewerberleistungen bereits für Telekommunikation gewährt wird. Das Landratsamt kann nicht flächendeckend und deshalb nicht ohne Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz WLAN in den Unterkünften anbieten.

Ehrenamtliche oder Bewohner*innen, die dagegen selbst die Initiative ergreifen und WLAN einrichten möchten, können aber auf das Amt für Migration und Integration zukommen, um abzuklären, ob und inwieweit eine Umsetzung in der jeweiligen Unterkunft möglich ist. Die Umsetzung des Vorhabens kann erst nach Freigabe durch das Amt für Migration und Integration erfolgen. Bitte wenden Sie sich hierfür an Frau Katharina Haag, Tel. 07131 994-580, katharina.haag@landratsamt-heilbronn.de.

Sprachmittler und Elternmentoren stehen auch telefonisch zur Verfügung

Sprachbarrieren können bei Gesprächen in Behörden und Beratungsstellen, aber auch bei Elterngesprächen in Schulen, KiTas etc. eine Herausforderung sein. Um diese Hürde zu überwinden, stehen im Landkreis Heilbronn die Sprachmittler einerseits und die ehrenamtlichen Elternmentoren andererseits zur Verfügung. Beide Angebote sind kostenfrei.

Für **Elterngespräche in Bildungseinrichtungen** des Landkreises Heilbronn können **Elternmentoren** wegen des aktuellen Infektionsgeschehens **telefonisch** als Dolmetscher hinzugezogen werden. Aktuell stehen im Netzwerk ehrenamtlicher Elternmentoren rund 40 Sprachen und Dialekte zur Verfügung. Wenn Bildungseinrichtungen für ein Gespräch einen Elternmentor benötigen, sollten sie sich spätestens eine Woche vor dem geplanten Termin an das Landratsamt Heilbronn wenden unter:

- Tel.: 07131 994-8702
- E-Mail: elternmentoren@landratsamt-heilbronn.de

Weitere Informationen zu den Elternmentoren sowie eine Checkliste für die Bedarfsanmeldung finden Sie unter <https://www.landkreis-heilbronn.de/netzwerk-ehrenamtlicher-elternmentoren.25445.htm>.

Die **Sprachmittler** dolmetschen bei **Gesprächen in Behörden und bei Beratungsdiensten**, wie z. B. den Migrationsberatungsstellen oder der Ausländerbehörde. Aktuell stehen hier die Sprachen Arabisch, Bulgarisch, Englisch, Französisch, Kurdisch, Persisch und Rumänisch zur Verfügung. Sprachmittler können von Beratungsstellen und Behörden im Landkreis Heilbronn über die Projektverwaltung bei der Caritas Heilbronn-Hohenlohe angefragt werden unter:

- Tel.: 07131 38249-81
- E-Mail: sprachmittler@caritas-heilbronn-hohenlohe.de

Weitere Informationen zu den Sprachmittlern sowie die aktuelle Liste verfügbarer Sprachen finden Sie unter <https://www.caritas-heilbronn-hohenlohe.de/de/was-wir-bieten/migrationsberatung/sprachmittler.html>.

Veranstachtungshinweise

Online-Gesprächsrunde zum Festjahr 2021 – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland: Wer feiert was?

Vor 1700 Jahren wurden Jüdinnen und Juden in Köln erstmals urkundlich erwähnt. Es ist das älteste Schriftzeugnis jüdischen Lebens nördlich der Alpen und in Deutschland. 2021 soll aus diesem Anlass ein Festjahr mit Ausstellungen, Konzerten und weiteren Veranstaltungen werden. Dafür wurde ein eigener Verein gegründet. Die 17 Jahrhunderte jüdisches Leben in Deutschland sind allerdings auch eine Geschichte von Antisemitismus, von Ausgrenzung, Pogromen und Völkermord.

Welche Rolle nimmt das Gedenken daran im Festjahr ein? Und wie kann bei den Feierlichkeiten die Vielfalt jüdischen Lebens und jüdischer Traditionen sichtbar gemacht werden? Darüber sprechen am **Mittwoch, den 20. Januar 2021, um 18 Uhr** beim „Jüdischen Quartett“ der Amadeu Antonio Stiftung Dalia Grinfeld von der Anti-Defamation League, Laura Cazés von der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), Rebecca Seidler von der Liberalen Jüdischen Gemeinde in Hannover sowie Anetta Kahane, Vorstandsvorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung.

Die Diskussionsrunde wird live auf dem YouTube-Kanal der Amadeu Antonio Stiftung übertragen. Weitere Informationen zur Veranstaltung sowie zum Talk-Format „Das jüdische Quartett“ finden Sie unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/termine/das-juedische-quartett-1700-jahre-juedisches-leben-in-deutschland-wer-feiert-was/>.

Online-Diskussion: Antisemitismus und Shoah – Zwischen Historisierung und Gegenwartsbezug

Antisemitismus ist das Thema eines Online-Vortrags mit anschließender Diskussionsrunde, den die Gedenk- und Bildungsstätte „Haus der Wannsee-Konferenz“ am **Mittwoch, den 20. Januar 2021, 19 – 21 Uhr** veranstaltet. Im Fokus

steht die Frage, in welchem Verhältnis der Antisemitismus der 1930er und 1940er Jahre zu heutigen Erscheinungsformen steht. Es sprechen unter anderem der Historiker Michael Wildt, die Leiterin des ZWST-Kompetenzzentrums, Marina Chernivsky, sowie die Autorin und Journalistin Eva Gruberová.

Die Veranstaltung wird als Livestream in Deutsch mit simultaner Übersetzung ins Englische und in Deutsche Gebärdensprache stattfinden. Anmeldungen sind bis 19. Januar 2021 möglich. Weitere Informationen sowie den Link zur Registrierung finden Sie unter <https://www.ghwk.de/de>.

Virtueller Werte-Dialog im World Wide Web

Mit dem Projekt "virtuelle WERTstatt" bringt die Bildungsinitiative GermanDream Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zusammen. Das Projekt – entwickelt in Corona-Zeiten – ist eine Plattform für den Dialog über Werte in einer Zeit, in der er anders schwer möglich ist.

Welche Werte treiben Sie bzw. Euch an? Was bedeuten Zusammenhalt, Demokratie und Chancengleichheit für Deutschland als Zuwanderungsland? Welche Grundsätze sind unerlässlich für unser Zusammenleben? In vier virtuellen Paneldiskussionen sprechen Wertebotschafter*innen jeweils 60 Minuten lang live mit den Teilnehmenden über diese Fragen. Die ersten beiden WERTstätten fanden bereits 2020 statt. Im Januar und Februar 2021 folgen die beiden nächsten Termine:

- **26.01.2021, 17 Uhr:**
„Menschen mit Zuwanderungsgeschichte: Spilemacher oder Ersatzbank?“
- **23.02.2021, 17 Uhr:**
„Angekommen – Was ist aus den Geflüchteten aus 2015 geworden?“

Im Mittelpunkt der Online-Veranstaltungen stehen Begegnungen auf Augenhöhe, spannende Debatten, Verständnis und Empathie. Die WERTstatt ist ein digitaler Safe Space. Teilnehmen kann jede und jeder – unabhängig von Alter oder Hintergrund. Die Teilnahme ist kostenlos.

Weitere Infos zum Projekt und zur Anmeldung für die WERTstätten finden Sie unter <https://www.germandream.de/die-virtuelle-wertstatt/>.

Gemeinsam gegen Extremismus - Gefahren erkennen, präventiv handeln

Unsere Demokratie lebt von Meinungsfreiheit und Pluralismus. Diese im Grundgesetz garantierten Werte gilt es zu bewahren und zu schützen. Doch wo endet die Meinungsfreiheit und wo greifen extreme Positionen die Grundlagen unserer Demokratie an? Woran erkennen wir politisch und religiös motivierten Extremismus und was fördert sein Auftreten?

Je früher wir Anzeichen für demokratiefeindliche Entwicklungen erkennen, desto eher können wir reagieren und gegensteuern. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg bietet daher zu diesem Thema einen vierwöchigen E-Learningkurs an. Der Kurs beginnt am 19. Februar 2021 mit einer Videokonferenz (15 - 17 Uhr). Darauf folgt eine vierwöchige Online-Phase am eigenen PC. Der zeitliche Aufwand liegt ungefähr bei drei Stunden pro Woche und kann individuell bestimmt werden. Zielgruppe des Kurses sind Lehrkräfte, Mitarbeiter*innen im Öffentlichen Dienst, Interessierte und Betroffene.

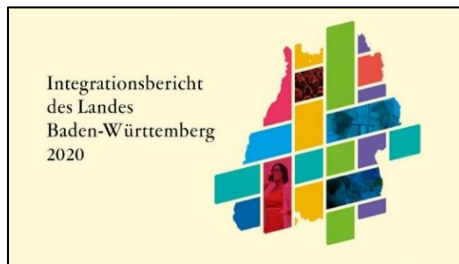
Datum: 19. Februar 2021 - 12. März 2021

Kosten: 25 Euro

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie unter <http://www.lpb-bw.de/veranstaltung17109>.

Neues aus dem Bereich Migration und Integration

Erster Integrationsbericht des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht



Das Land hat den ersten Bericht zum Stand der Integration in Baden-Württemberg veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass eine große Offenheit für kulturelle Vielfalt in der Gesellschaft besteht, aber auch Sorgen vor Ausländerfeindlichkeit weit verbreitet sind.

Mit dem Integrationsbericht dokumentiert das Land den Stand der Integration in Baden-Württemberg fünf Jahre nach Verabschiedung des Partizipations- und Integrationsgesetzes im Dezember 2015. Er bildet den Ausgangspunkt für eine Überprüfung bisheriger politischer Schwerpunkte und erleichtert es, die Integrationspolitik des Landes zielgenau weiterzuentwickeln.

Der Bericht ist unter Beteiligung aller Ressorts, des Landesbeirats für Integration, der kommunalen Landesverbände und des Landesverbands der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg entstanden und von der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd wissenschaftlich dokumentiert.

Weitere Informationen sowie den Integrationsbericht zum Download finden Sie unter

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/erster-integrationsbericht-des-landes-veroeffentlicht/>.

Teilhabe von Muslim*innen auf kommunaler Ebene

Das Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft wirft oft Fragen auf. Wie können beispielsweise religiöse und Alltagspraktiken von Muslimen auf kommunaler Ebene einen Raum bekommen? Im Kontakt mit Muslimen stehen Kommunen und kirchliche Einrichtungen vor zahlreichen Fragen.



Praktische Tipps, konkrete Lösungsansätze und Hintergrundinformationen für die Zusammenarbeit mit muslimischen Akteuren in einer Gemeinde gibt die „Handreichung für das Zusammenleben in der Kommune“, die im Rahmen des Projekts „Muslime als Partner in Baden-Württemberg. Informationen, Beratung und Dialog“ entstanden ist. Zusammengetragen wurden hier die wichtigsten Erfahrungen aus über fünf Jahren Islamberatung Baden-Württemberg zum Umgang mit den Anliegen von Muslimen auf kommunaler Ebene. Verfasst wurde sie von Mitarbeitern der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart: Dr. Hussein Hamdan, Leiter des

Fachbereichs „Muslime in Deutschland“, und Christina Reich, Fachbereichsleiterin Gesellschafts- und Sozialpolitik.

Weitere Informationen sowie die Handreichung finden Sie unter <https://www.bosch-stiftung.de/de/news/muslime-kommunen-eine-frage-der-teilhabe>.

Brexit – Weitere aufenthaltsrechtliche Erleichterungen für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland

Mit der zweiten Verordnung zur Änderung der Beschäftigungsverordnung und der Aufenthaltsverordnung vom 18. Dezember 2020 werden weitere aufenthaltsrechtliche Erleichterungen für Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland vorgenommen.

Hiervon begünstigt sind Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs, die ab dem 1. Januar 2021 nach Deutschland einreisen und nicht bereits nach dem im Februar 2020 geschlossenen Austrittsabkommen Aufenthaltsrechte in Deutschland haben. Durch die Verordnung erhalten sie einen privilegierten Arbeitsmarktzugang und das Recht, visumfrei in das Bundesgebiet einreisen zu dürfen. Die Verordnung trat zum 1. Januar 2021 in Kraft.

Weitere Informationen finden Sie unter <https://www.bmas.de/DE/Service/Gesetze/zweite-verordnung-beschaeftigung-aufenthalt.html>.

BAMF-NAVI – Neue Informationsplattform zu Kursangeboten etc.

Wo gibt es in meiner Nähe einen Integrationskurs? Wo finde ich in meiner Stadt eine Migrationsberatungsstelle? Wo gibt es Integrationsprojekte? Mit der neuen Informationsplattform „BAMF-NAVI“ steht unter <https://bamf-navi.bamf.de/de/> seit Kurzem ein Auskunftssystem zur Verfügung, mit dem vielfältige Integrationsangebote tagesaktuell und wohnortnah gefunden werden können.

BAMF-NAVI richtet sich überwiegend an zwei Zielgruppen: Migrant*innen sowie Behörden und andere unterstützende Organisationen, die z. B. nach einem Integrationskurs für einen potentiellen Teilnehmenden suchen. Das System wird als mobile Version ebenso wie für den Desktop angeboten.

Minas – Atlas über Migration, Integration und Asyl (10. Ausgabe)

Die Themen Migration, Integration und Asyl bilden das Fundament der Arbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Mit der seit November 2020 vorliegenden 10. Ausgabe des "Atlas über Migration, Integration und Asyl" (Minas) werden diese Themenfelder in kartographischen und informatorischen Grafiken anschaulich gemacht. Minas gibt einen Überblick über die Arbeit des Bundesamtes und das Migrationsgeschehen in Deutschland, Europa und der Welt.

Der Atlas steht zum Download zur Verfügung unter <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/Migrationsatlas/migrationsatlas-2020-12.html>.

Gerne nehmen wir Veranstaltungshinweise und Anregungen zum Infobrief entgegen! Anmeldungen zum Infobrief können Sie an Frau Kolb richten unter michaela.kolb@landratsamt-heilbronn.de.